Landtag
Nordrhein-Westfalen
16. Wahlperiode

Ausschussprotokoll
APr 16/805
22.01.2015

Innenausschuss

52. Sitzung (öffentlich)

22. Januar 2015

Düsseldorf – Haus des Landtags

10:00 Uhr bis 12:55 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Marion Schmieder

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung **7**

Der Ausschuss beschließt, die Tagesordnungspunkte 8 – Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahme) – und 9 – Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen – zusammen zu behandeln.

1 Aktuelle Sicherheitslage nach den Ereignissen in Frankreich **8**

Unterrichtung durch das Ministerium für Inneres und Kommunales

– Diskussion –

2 Gesetz zur Stärkung des Regionalverbandes Ruhr 23

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6866
APr 16/781

Der Ausschuss beschließt einstimmig, Tagesordnungspunkt 2 zunächst auf die nächste Tagesordnung zu schieben.

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW 24

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 – Neudruck

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, den Antrag Drucksache 16/6088 in die nächste Sitzung zu schieben.

4 Nazis raus aus dem Stadion – Neonazis im Umfeld des Fußballs gemeinsam entgegentreten 28

Antrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/7153

Bericht der Landesregierung

Der Antrag Drucksache 16/7153 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

5 Vereinsgründung von LEAP abgesagt: Hat der Maulkorbminister schon wieder zugeschlagen? 30

Vorlage 16/2418
Vorlage 16/2516

6 Planungsstand bezüglich neuer Aufnahmeeinrichtungen für Asylbewerber und aktuelle Situation in den Einrichtungen **41**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2618

7 Gesetz über den Vollzug der Abschiebehaft in NRW (Abschiebehaftvollzugsgesetz Nordrhein-Westfalen – AHaftVollzG NRW) **46**

Gesetzentwurf
der Fraktion der SPD und
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/7545

Der Ausschuss beschließt einstimmig, diesen Tagesordnungspunkt zu schieben, da noch Klärungsbedarf besteht.

8 Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (Meldeauflagen als polizeiliche Standardmaßnahmen) **47**

Gesetzentwurf
der Fraktion der CDU
Drucksache 16/5038
APr 16/655

Abschließende Beratung und Abstimmung

In Verbindung mit:

9 Fußball vor Gewalt schützen – Straftäter endlich wirksam ausschließen **47**

Antrag
der Fraktion der FDP
Drucksache 16/4820

Entschließungsantrag
der Fraktion der PIRATEN
Drucksache 16/4896

Abschließende Beratung und Abstimmung

Der Gesetzentwurf Drucksache 16/5038 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, FDP und der Piratenfraktion gegen die Stimmen der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Antrag Drucksache 16/4820 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Enthaltung der CDU-Fraktion abgelehnt.

Der Entschließungsantrag Drucksache 16/4896 wird mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU und FDP gegen die Stimmen der Piratenfraktion abgelehnt.

10 Generalstaatsanwälte beklagen Ermittlungs-Notstand (TOP beantragt von der FDP-Fraktion; siehe Anlage) **51**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2602

– ohne Diskussion –

11 Hilferuf der Kölner Polizei nach Anstieg der Fallzahlen beim Wohnungseinbruch um 40 Prozent (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **52**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2601

12 Rockerkrieg erreicht Düsseldorf (TOP beantragt von der CDU-Fraktion; siehe Anlage) **62**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2616

13 Paderborner Polizeichef wegen „vorsätzlichen Geheimnisverrats“ zu 13.500 Euro Geldstrafe verurteilt (TOP beantragt von der Piratenfraktion; siehe Anlage) **65**

Bericht der Landesregierung
Vorlage 16/2603

14 Verschiedenes 66

a) Verabschiedung Dr. Orth 66

b) Kosovo-Reise des MIK in der Zeit vom 17. bis 19. Juni 2015 66

Der Ausschuss beschließt einstimmig, dass an der Kosovo-Reise des MIK in der Zeit vom 17. bis 19. Juni 2015 – neben der Teilnahme des Vorsitzenden – jede Fraktion einen Teilnehmer entsenden kann.

c) Nächster Sitzungstermin ist Dienstag, der 27. Januar 2015, mit der Anhörung zum Antrag der Piratenfraktion zur Video-überwachung. 67

* * *

3 Zweites Gesetz zur Änderung des Rettungsgesetzes NRW

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 16/6088
APr 16/689 Neudruck

Thomas Stotko (SPD) teilt mit, er habe bis vor Kurzem geglaubt, über diesen Tagesordnungspunkt heute abschließend beraten zu können. Nach den ihm vorliegenden Informationen fänden aber noch Beratungen des federführenden Ausschusses für Arbeit, Gesundheit und Soziales zum Rettungsgesetz statt.

Er habe schon einige Male darauf hingewiesen, dass der Innenausschuss zwar nicht federführend sei, dieser jedoch eine sehr große Nähe zu den Hilfsorganisationen habe. Daher müsse sich ein Votum des Innenausschusses auf die aktuellste Version des Gesetzentwurfs beziehen. Dieser solle nun für das März-Plenum vorbereitet werden, sodass der Tagesordnungspunkt in der Februar-Sitzung des Innenausschusses beraten werden könnte. Daher bitte er darum, heute noch kein Votum abzugeben.

Theo Kruse (CDU) zeigt wenig Verständnis dafür, dass bis zum heutigen Tag noch keine endgültige Fassung vorliege. Beim Rettungsgesetz bestehe dringender Entscheidungsbedarf, das sei auch in der Sachverständigenanhörung im Herbst letzten Jahres deutlich gemacht worden. Seit mehr als acht Wochen lägen nun die Änderungsanträge der CDU-Fraktion vor, die im Übrigen eine breite Zustimmung bei den Verbänden erfahren hätten.

Es habe ausreichend Zeit bestanden, den Gesetzentwurf im federführenden Ausschuss abschließend zu beraten und im Innenausschuss ein Votum einzuholen. Daher wolle er zumindest seinen Unmut für die CDU-Fraktion zum Ausdruck bringen. Ende letzten Jahres sei ein großer Druck aufgebaut worden; bis zum Jahresende habe alles entschieden werden sollen. Jetzt werde es voraussichtlich bis zum Frühjahr dauern. Diese Gesamtentwicklung finde er ausgesprochen enttäuschend.

Thomas Stotko (SPD) erinnert den Kollegen Kruse daran, dass im Innenausschuss sozusagen alle in einem Boot säßen; in diesem Zusammenhang verweise er auf die Diskussion der letzten Ausschusssitzung. Der Innenausschuss sei nun einmal nicht federführend, und er, Stotko, übernehme nicht die Verantwortung dafür, dass im federführenden Ausschuss noch Beratungsbedarf bestünde. Er selbst, ebenso wie die Kolleginnen und Kollegen aus seinem Arbeitskreis, sei darüber – freundlich formuliert – sehr unglücklich.

Eines sei jedoch wichtig: Die Innenpolitiker, zumindest die der SPD-Fraktion, seien der Auffassung, dass der Innenausschuss nur die Version des Rettungsgesetzes beraten solle, die schließlich auch das Plenum erreiche. Diesen Anspruch solle der Innenausschuss sich setzen. Er selbst sei nur der Bote der schlechten Nachricht, den

man vielleicht köpfen wolle. Er schlage jedoch vor, sich diesbezüglich lieber an den federführenden Ausschuss zu halten.

Die Diskussion habe inzwischen lange genug gedauert. Nun werde eine Version benötigt, über die endgültig beraten werden könne. Insofern hoffe er inständig, dass der federführende Ausschuss es nun schaffe, eine solche Version zu erstellen, über die im Februar dann beraten werden könne. Allerdings lege er seine Hand hierfür nicht mehr ins Feuer.

Vorsitzender Daniel Sieveke dankt Herrn Stotko ausdrücklich für dessen Redebeitrag. Ihn als Vorsitzenden irritiere, wenn – siehe letzte Sitzung – dem Innenausschuss dann vorgeworfen werde, dass dieser die Schuld daran trage, dass noch nichts verabschiedet worden sei, weil der Innenausschuss noch nicht darüber beraten hätte. Diese Vorgehensweise habe ihn sehr geärgert; denn immerhin habe der Innenausschuss abstimmen wollen.

Wenn das immer so hin und her gehe, dann müsse irgendwann auch das Signal ausgesendet werden, dass über das beraten und abgestimmt werde, was zu jenem Zeitpunkt vorliege. Die Begründung, die dem Innenausschuss geliefert worden sei – dass noch Abstimmungsbedarf mit den Interessensorganisationen bestehe, der sich aber auf Nachfrage als nicht vorhanden herausgestellt habe –, sei nicht nachvollziehbar. Es könne nicht angehen, wenn es dann heiße, der Innenausschuss habe nicht abgestimmt und trage deshalb die Schuld daran, dass die Sache nicht ins Plenum gekommen sei.

Auf dieses Pingpong-Spiel habe er keine Lust. Sollte das so weitergehen, behalte er sich vor, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen und darüber abstimmen zu lassen. Sollte es dann noch Änderungen geben, müsse notfalls über die Änderungen beraten werden.

Hans-Willi Körfges (SPD) möchte ausdrücklich dem Eindruck widersprechen, dass es an der Innenpolitik gelegen hätte. Es hätten Gespräche stattgefunden, an denen im Übrigen alle Fraktionen beteiligt gewesen seien, zwischen Interessenvertretern, kommunalen Spitzenverbänden und anderen. Dabei hätte sich herausgestellt, dass bei einer Frage noch Klärungsbedarf bestünde. Diese Frage betreffe jedoch im Wesentlichen nicht die Interessen, die im Innenausschuss beantwortet werden müssten.

Dennoch könne man dem Kollegen Stotko nur zustimmen, dass jeweils über die aktuelle Version abgestimmt werden sollte. Diese aber liege derzeit noch nicht vor. Bei der Anhörung habe er einige Fragen aus kommunaler Sicht gestellt. Er hoffe, dass man nunmehr zu einer abschließenden Klärung kommen könne – dann sei das noch eine Extrarunde wert –, die alle Beteiligten, also sowohl die Gewerkschaften als auch die kommunalen Spitzenverbände und die Berufsorganisationen, mittragen könnten, und bei der zugleich eine rechtliche Prüfung erfolgt sei.

Das liege nicht am Innenausschuss – da stimme er dem Vorsitzenden ausdrücklich zu – und auch nicht an den Kommunalpolitikerinnen und -politikern, sondern das liege offensichtlich an der Komplexität der Materie; denn betroffen seien auch wirt-

schaftspolitische und EU-Aspekte. Er sei froh darüber, dass dies rechtzeitig erkannt worden sei, bei allem Ärger, dass nunmehr zum wiederholten Male nicht beraten werden könne.

Vorsitzender Daniel Sieveke weist nochmals ausdrücklich darauf hin, dass dem federführenden Ausschuss der Sitzungskalender des Innenausschusses durchaus bekannt sei und man sich entsprechend daran orientieren könne.

Marc Lürbke (FDP) führt zu dem von Herrn Körfges Gesagten aus, man sei inzwischen ja auf einem guten Wege gewesen. Zur noch ausstehenden Regelung betreffend die Kosten bei der Notfallsanitäterausbildung hätte man inzwischen eine Einigung gefunden.

(Hans-Willi Körfges [SPD]: Das war nicht das Problem!)

– Offensichtlich sei in der Abstimmung zwischen Kommunal- und Innenbereich etwas Sand im Getriebe. Dass es zu einer Verzögerung des gesamten Verfahrens komme, weil hier keine Einigung habe erzielt werden können, wo eigentlich schon längst richtige Vorschläge eingebracht worden seien, sei nicht nur bedauerlich, sondern für die Sache selbst extrem ärgerlich. Alle wüssten, wie es den Hilfsorganisationen, den Notfallsanitätern und den Kommunen, die mit der Ausbildung befasst seien, unter den Nägeln brenne.

Theo Kruse (CDU) erinnert nochmals daran, dass die Verbände, auf deren Beteiligung sehr viel Wert gelegt werde, mit Schreiben vom 11. Dezember 2014 sehr deutlich signalisiert hätten, dass man den Änderungsvorschlägen, wie sie eingebracht worden seien, die Zustimmung erteilen könne.

Von daher stelle man sich in der CDU-Fraktion die Frage, warum das nicht passiert sei, obwohl die federführenden Fraktionen im AGS und im Kommunalpolitischen Ausschuss in öffentlicher Sitzung darum geworben hätten, mit der CDU endlich Klarheit herbeizuführen und über die Änderungsanträge zu sprechen, zuletzt noch Anfang der Woche.

Dies verdeutliche, was auch Herr Lürbke gesagt habe, nämlich dass man die handelnden Akteure vor Ort in besonderer Weise – Stichwort: Ausbildung der Notfallsanitäter – im Unklaren lasse. Dies habe Rot-Grün als mehrheitsragende Fraktionen zu verantworten. Das werde insgesamt sehr bedauert.

Sicher könne man über alles reden. Wenn jedoch ein Sachverständigengespräch durchgeführt worden sei und in der Grundtendenz sehr viel Einigkeit bestehe, dann müsse man sich fragen, warum das Ganze so lange dauere.

Vorsitzender Daniel Sieveke bestätigt, man könne über alles reden, aber irgendwann müsse man auch zur Tat schreiten und es nicht nur bei Ankündigungen belassen.

Der Ausschuss beschließt mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der Piraten gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP, den Antrag Drucksache 16/6088 in die nächste Sitzung zu schieben.